

## GEMEINSAME ERKLÄRUNG

### der Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Nachbarländertreffen der europäischen Postgewerkschaften

Die Vertreter und Vertreterinnen der Postgewerkschaften aus der Slowakei, aus Österreich, Ungarn, Deutschland, Kroatien, Serbien, Mazedonien und Tschechien haben sich in den Tagen vom 19. bis 21. Mai 2010 in Prag bei ihrer regelmäßigen Sitzung getroffen.

Das Treffen hat an vorherige Verhandlungen der Vertreter und Vertreterinnen dieser Arbeitsgruppe angeschlossen. Die Teilnehmer haben sich gegenseitig über die Entwicklung im Postsektor ihrer Länder nach dem letzten Treffen informiert.

In allen Staaten erleben wir Bemühungen, die Liberalisierung des Postmarktes gemäß der Dritten Richtlinie der Europäischen Union durchzusetzen. Der Druck der Europäischen Kommission richtet sich auf alle Länder der Europäischen Gemeinschaft einschließlich der Beitrittsländer. Die Beschäftigten und ihre gesetzlichen Repräsentanten, d.h. die Gewerkschaften, betrachten die Liberalisierung und folgende Privatisierung des Postsektors vor allem als einen wesentlichen Eingriff in die künftige Struktur der Postunternehmen, der sich gleichzeitig auf die Fragen der Beschäftigung, der Löhne und Sozialleistungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auswirkt. In den meisten Ländern sehen wir die Unterstützung dieses Vorhabens seitens einiger politischen Parteien, nationalen Regulatoren und auch einiger Betreiber, vor allem derjenigen, die der Kategorie der Multis angehören.

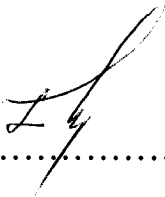
Jedoch die Gewerkschaften stimmen in den meisten Fällen mit dem angeführten Vorgehen nicht überein.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen haben sich darin geeinigt, dass die künftige Entwicklung des Postsektors für die Beschäftigten keine Bedrohung ihrer Arbeits- und Lebenssicherheiten bedeuten darf. Sie werden auch weiterhin zusammenarbeiten und im gemeinsamen Vorgehen dieser Bemühungen mit dem Ziel entgegenwirken, die Position der Beschäftigten und die Gewerkschaftsrechte im Postsektor zu wahren.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Treffens unterstützen völlig das Bestreben von UNI *europa* Post und Logistik, das Moratorium für die 3. Richtlinie einzuführen und die durch alle Mitgliedsgewerkschaften unterstützte Stellung zur Frage einer Aufschiebung der Liberalisierung des Postmarktes durchzusetzen, solange die Sozialfragen in dieser Richtlinie nicht klar formuliert sind. Es wäre zweckmäßig einige Basisnormen für den Postsektor auf europäischer Ebene festzulegen, die in allen EU-Mitgliedsstaaten verbindlich angewandt werden sollten.

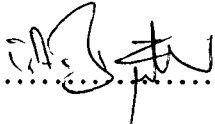
Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden auch weiterhin die Solidarität aller Gewerkschaften im Postsektor Europas mit dem Ziel unterstützen, adäquate und gleiche Bedingungen für die Arbeit aller Beschäftigten im Sektor zu schaffen. Sie unterstützen die Idee der Fortsetzung dieser gegenseitig nützlichen Treffen der Gewerkschaften der Nachbarländer.

Prag, am 21. Mai 2010

Slowakei:  .....

Österreich:  .....

Ungarn:  .....

Deutschland:  .....

Kroatien:  .....

Serbien:  .....

Mazedonien:  .....

Tschechien:  .....